



# Im Blickpunkt

SPD-Distrikt Eimsbüttel-Nord  
65. Jahrgang **April 2013**

Schlaglichter aus dem Bezirk *(Seite 4)*

Soziale Folgen der Energiewende  
berücksichtigen *(Seite 5)*

Mehr Zukunft mit mehr Nachhaltig-  
keit wagen! *(Seite 6)*



**Soll revitalisiert werden:  
Spielplatz Voigtstraße**  
*(Siehe auch Seite 4)*

Foto: D. Schlanbusch

**SPD E-Nord online: [www.spd-eimsbuettel-nord.de](http://www.spd-eimsbuettel-nord.de)**

# TERMINE

## Vorstandssitzung:

Dienstag, den **2. April** um 19.30 Uhr im Seniorenzentrum St. Marcus, kleiner Saal (hinter dem Café), Gärtnerstraße 63

## Infostand:

Samstag, den **6. April** um 10.30 Uhr, Wochenmarkt Grundstraße.

## Mitgliederversammlung:

„150 Jahre SPD: Das Beispiel Hamburg“

**Am: 23. April**, 19.30 Uhr

**Ort:** Karl-Fleischer-Saal, SPD Kreishaus Eimsbüttel

**Mit:** Dr. Helga Kutz-Bauer, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten

Eine **Ausstellung zu den ehemaligen Kasernen an der Bundesstraße** wird **vom 8. April bis 10. Mai 2013** im Foyer des Bezirksamtes Eimsbüttel, Grindelberg 62-66, zu sehen sein. Die Kasernen befanden sich auf dem heutigen Universitätsgelände an der Bundesstraße

## AG 60plus:

Die AG 60plus trifft sich am Donnerstag, **25. April**, um 10.00 Uhr im **AWO-Seniorentreff Jugendstraße 11**



*Einen herzlichen Glückwunsch  
allen Geburtstagskindern im  
April 2013*



## **Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Freunde der SPD in Eimsbüttel,**



am 23. Mai 1863 wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. Diese Gründung ist für uns im Jahr 2013 der Grund, 150 Jahre SPD zu feiern. Gerade Hamburg hat eine starke sozialdemokratische Tradition. Das zeigt sich nicht nur in den langen Regierungsjahren der SPD in der Nachkriegszeit oder der Rolle, die Köpfe wie Helmut Schmidt und Herbert Wehner auf Bundesebene gespielt haben. Diese Tradition begründet sich schon in den Anfangsjahren der Sozialdemokratie, als die Hamburger Arbeiterschaft auch für die Finanzierung der Sozialdemokratie eine zentrale Rolle spielte. Im Gebiet Hamburg, Harburg-Wilhelmsburg, Altona, Bergedorf und Wandsbek lebten nur ca. 8 Prozent der Bevölkerung, aber 25% der Sozialdemokraten, die in den 1880er Jahren den Aufbau der (damals illegalen) Sozialdemokratie maßgeblich finanzierten.

Das Beispiel, dass diese Geschichte am besten illustriert, ist die Beerdigung des ehemaligen Schatzmeisters August Geib, kurz nach seinem Tod am 1. August 1879. Fast ein Jahr nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes nahmen rund 30.000 Menschen an seiner Beerdigung teil und begleiteten den Trauerzug vom Großneumarkt zum Friedhof im Karolinentviertel. Sie alle trugen statt des damals üblichen schwarzen Trauerflors rote Nelken, Tücher oder Bänder. Die organisatorische Meisterleistung und enorme Mobilisierungsfähigkeit beeindruckt noch heute.

Für uns ist es ein guter Grund sich zu erinnern. Es ist aber auch eine Gelegenheit, sich zu engagieren. Aus Eimsbüttel kommt das Konzept des „Hamburger Würfels“. Im August, während der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes, werden fast alle Kreise der Hamburger SPD einen roten Würfel mit 2,50 Meter Kantenlänge an zentralen Orten aufstellen. Er wird für vier Tage Erinnerungs-, Informations- und Veranstaltungsort sein. Das Engagement von Eimsbüttel Nord werden wir auf der nächsten Mitgliederversammlung besprechen.

*Mit solidarischen Grüßen  
Magnus Kutz, Distriktvorsitzender*

## Schlaglichter aus dem Bezirk

Auch wenn der Frühling auf sich warten lässt und alles noch im Winterschlaf ist, hat sich im Bezirk einiges getan. Hier nur einige der letzten Ereignisse und Neuigkeiten:

- Das Projekt „Lernen vor Ort“ hat es sich zur Aufgabe gemacht alle Bildungsangebote für Jung und Alt auf einem Internetportal zusammenzustellen. Unter **[www.eimsbuettel.hamburg-aktiv.info](http://www.eimsbuettel.hamburg-aktiv.info)** stehen für ganz Hamburg über 22.000 Angebote von rund 4700 Anbietern zur Verfügung. Allein für Eimsbüttel sind 369 Sprachangebote zusammengefasst.
- Aufgrund der noch immer anhaltenden eisigen Temperaturen ist die Kieler Straße in einem katastrophalen Zustand. Die Schlaglöcher werden immer unzähliger und werden zu richtigen Kratern. Leider kann die Reparatur erst erfolgen, wenn die Temperaturen milder geworden sind, wodurch es zeitweilig zu Sperrungen einzelner Spuren kommen kann.
- Nach langen Diskussionen wurde die Genehmigung für die öffentliche Asylunterkunft im Offakamp endlich erteilt. Die Sorgen, dass der Boden zu schwer belastet ist (in den 20ern befand sich hier eine Deponie), konnten durch Gutachten beiseitegelegt werden. Nachdem alle Arbeiten abgeschlossen sind, sollen 177 Personen hier für die nächsten 2 Jahre untergebracht werden.
- Die Umgestaltung der Osterstraße kommt in die nächste Phase. Demnächst wird durch ein externes Moderationsverfahren mit allen beteiligten Akteuren konkret an einer Planung gearbeitet. Vorerst handelt sich hierbei um den Abschnitt Schulweg bis Hellkamp.
- Die Verteilung der Mittel aus dem „Quartiersfonds bezirkliche Stadteitarbeit“ im Haushalt 2013/2014 wurde beschlossen. Knapp 422.000 € wurden für die nächsten zwei Jahre für verschiedene Maßnahmen, wie zum Beispiel in der Lenzsiedlung, bereitgestellt und so die soziale Infrastruktur in den Stadtteilen gesichert. Das Beteiligungsverfahren für die Revitalisierung des Spielplatzes Voigtstraße wurde am 22.03.13 gestartet.
- Eines meiner Projekte für die kommende Zeit wird die Entwicklung eines Integrationskonzeptes für Eimsbüttel sein, aufbauend auf dem am 26. Februar 2013 von Senat beschlossenen Konzept „Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt“. Ziel ist es die angegebenen Prämissen in Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen konkret für unsere Arbeit vor Ort umzusetzen und uns diesem Konzept zu verpflichten.

Für alle Anregungen bin ich sehr dankbar! Einfach anschreiben oder anrufen: **[c.nendza@gmail.com](mailto:c.nendza@gmail.com)** oder Tel.:040/881 69 091

*Charlotte Nendza, Bezirksabgeordnete*

# FISCHE=FISCHE=FISCHE

*Käthe und Julia Schlüter*

Fischhandel Hamburg

20255 Hamburg Stellingener Weg 26

Ruf 40 88 02

## Soziale Folgen der Energiewende berücksichtigen

Energiepolitik ist wichtig. Da wir aber Sozialdemokraten sind, muss die Frage der sozialen Folgen als erste Voraussetzung bei der Behandlung der Themen Ökostrom und Energetische Sanierung stehen. Viele SPD-Stammwähler können sich neue, energiesparende Geräte vielfach nicht leisten. Ich kenne das aus eigener Erfahrung. Neue energiesparende Haushaltsgeräte würden mich überschlägig € 1.200,00 Euro kosten – Kühlschrank und Waschmaschine nicht eingerechnet! Für Rentner mit kleiner Rente und Arbeitslose eine astronomische Summe. Auch die Mietsteigerungen durch Energetische Sanierung, die ja meist auch mit einer allgemeinen Sanierung der Wohnungen einhergeht. So würden Menschen mit geringen Mitteln durch Sanierungen aus den angestammten Quartieren noch mehr herausgedrängt, weil sie sich die Mieten schlichtweg nicht leisten können.

Wenn gerade auf Seiten der Grünen auf solche Maßnahmen gedrungen wird, übersehen sie als gut situierte Mittelschicht oft die sozialen Folgen. Dabei sind sie den Bürgern sehr wichtig.

Eine Umfrage hat im Januar ergeben, dass die Mehrheit der Bundesbürger nicht die Versorgung aus Erneuerbaren Energien als Priorität sieht, sondern die damit verbundenen Kosten. Bezahlbare Energie hat demnach für die Bürger Priorität (74%), ebenso wie eine sichere und zuverlässige Versorgung (64%). Selbst wenn man gewisse Tendenzen des Umfrageinstituts berücksichtigt, scheint einer Mehrheit vor allem die Bezahlbarkeit der Energie wichtig zu sein.

*Michael Polack*

## **Mehr Zukunft mit mehr Nachhaltigkeit wagen!**

So lautet der Titel eines Antrags zum Wahlprogramm der SPD, der im Arbeitskreis „Politik zur Energiewende in Hamburg“ mit folgenden Hauptanliegen erarbeitet und von der SPD Eimsbüttel-Nord nach ausführlicher Diskussion mit einigen Änderungen beschlossen wurde. Dies sind die wesentlichen Zielsetzungen des Antrags:

Der in Deutschland erkämpfte Atomausstieg muss auch international vorangetrieben werden. Das geht nur, wenn Deutschland die Atomtechnologie nicht durch die Hintertür über Exporte, Exportbürgschaften und Finanzierungen fördert. National wie international ist es wichtig, dass der Klimaschutz (ohne Atomenergie) hartnäckig verfolgt und die Klimaschutzziele möglichst erhöht werden. Für Deutschland wollen wir ein „Nationales Klimaschutzgesetz“, das die Klimaschutzziele verbindlich festschreibt. Die Erreichung dieser Ziele soll jährlich durch eine unabhängige Kommission überprüft werden. Es soll ein Energieministerium und einen jährlich aktualisierten „Masterplan Energiewende“ geben.

Das setzt Maßnahmen zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen voraus. Dazu gehört u. a. die Förderung energetischer Gebäudemodernisierungen. Das darf aber nicht zum Anlass genommen werden, die Mieten drastisch zu erhöhen. Gefördert werden soll auch der Einbau von kleinen und mittleren mit nachhaltig erzeugter Energie betriebenen Kraft-Wärmekopplungs-Anlagen. Mit solchen Anlagen kann Wärme und Strom erzeugt werden. Besonders geeignet sind solche Konzepte etwa für Wohnungsbaugenossenschaften, die so zusammenhängende Wohnsiedlungen mit Wärme und Strom versorgen können. Aber auch der Öffentliche Personennahverkehr soll weiter gefördert werden, damit noch mehr Menschen ihr Auto stehen lassen oder abschaffen. Das Thema „Mobilität“ muss insgesamt neu überdacht werden. Zur Finanzierung solcher Maßnahmen soll eine CO<sub>2</sub>-Abgabe geprüft werden.

Auf EU-Ebene lässt der Preisverfall von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten, die eigentlich dafür gedacht waren, Energieverbrauch zu verteuern, den Anreiz zur Einsparung von CO<sub>2</sub>-Emissionen entfallen. Einen Klimaschutz-Effekt gibt es daher praktisch nicht mehr. In einem ersten Schritt müssen Zertifikate aus dem Handel genommen werden, damit die Preise steigen. In einem weiteren Schritt müssen wir uns für eine Reform einsetzen, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoß teuer macht, damit wieder mehr Anreiz für Einsparungen besteht.

Dank des rot-grünen Erneuerbare-Energien-Gesetzes hat sich die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien sehr positiv entwickelt. Dies muss fortgesetzt werden. Eine „Strompreisbremse“, wie Umweltminister Altmaier sie vorsieht, lehnen wir ab. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Bremse für den Ausbau erneuerbarer Energien. Wir wollen dagegen, dass sich langfristig die tatsächlichen Kosten fossiler Energieerzeugung im Strompreis widerspiegeln. Dann würde sich nämlich zeigen, dass Ökostrom deutlich kostengünstiger ist.

Spätestens 2050 wollen wir vollständig aus der fossilen Energieversorgung aussteigen. Dazu müssen die richtigen Anreize sowohl für Unternehmen wie auch für Privatverbraucher geschaffen werden. Die großzügigen Befreiungen für Unternehmen müssen deutlich reduziert werden. Privathaushalte sollen durch einen progressiven Stromtarif zum Stromsparen angeregt werden. Dies geschieht mit einer Kombination aus einer kostengünstigen Grundverbrauchsmenge und einer deutlichen Preissteigerung für darüber hinausgehenden Stromverbrauch. Eine kostenfreie Energieeffizienzberatung soll Energieeinsparungen unterstützen. Soweit notwendig, wollen wir den Altgeräteaustausch für einkommensschwache Haushalte fördern.

Ausbau und Modernisierung der Netze sowie die Entwicklung von Speicherkapazitäten sind dringend erforderlich. Denn Sonne und Wind stehen mal im Überfluss und mal nicht ausreichend zur Verfügung. Speicher sorgen hier für einen Ausgleich. Für eine Übergangszeit ist Gas als fossiler Energieträger gegenüber Kohle zu bevorzugen, jedoch nur in dem Maß, in dem noch keine Versorgung mit erneuerbaren Energien besteht.

Für uns gilt der Grundsatz, dass die Versorgung mit Strom und Wärme zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehört. Diese sollte verstärkt durch die Kommunen angeboten werden. Wir unterstützen den weiteren Aufbau einer demokratisch kontrollierten, dezentral organisierten Energieversorgung durch Stadtwerke, Genossenschaften und Bürger. Bürger sollen sich an den Investitionen in die Energiewende beteiligen können.

Und last but not least gilt für uns auch im wachsenden Arbeitsmarkt „Erneuerbare Energien“ der Grundsatz „Gute Arbeit“ mit angemessenen Löhnen und ordentlichen Arbeitsbedingungen.

*Carola Ensslen*

## Optik Daniel – mit den Augen Ihres Kindes!



**Kinder- und Babybrillen – Fassungen von:**  
· Bob der Baumeister · Die Maus  
· Janosch · Hello Kitty  
· Die Wilden Kerle · Oio Titanflex  
· Vaude · Prinzessin Lillifee und mehr

**Gläser – auch Kunststoffgläser –  
ohne Zuzahlung zum Nulltarif bei ärztlicher  
Verordnung durch die gesetzliche Krankenkasse**

Osterstraße 136 · 20255 Hamburg · 0 40. 40 87 01  
optik-daniel.de · Mo-Fr 10.00–19.00 · Sa 10.00–15.00

**OPTIK DANIEL**  
Augenbrauen – Rahmen – durchsichtig

### Service

Bei Interesse am ca. monatlichen E-Mail-Newsletter für Eimsbüttel-Nord bitte mailen an: [carola.ensslen@spd-eimsbuettel-nord.de](mailto:carola.ensslen@spd-eimsbuettel-nord.de).

Jusoforum: [www.jusoforum.de](http://www.jusoforum.de)

Infos zur AG 60plus bei Holger Hesselbach, 040 / 466 95 30.

### **SPD Eimsbüttel-Nord** (c/o SPD Eimsbüttel, Helene-Lange-Str. 1, 20144 HH)

Vorsitzender:	Magnus Kutz	Tel. 689 809 71
Stellvertreterin:	Carola Ensslen	Tel. 492 222 75
Mitgliederbetreuung:	Frank Wiedemann	Tel. 411 123 81
Blickpunkt:	Dirk Schlanbusch	Tel. 850 37 36
Bürgerschaft:	Silke Vogt-Deppe	Tel. 851 12 20
Bezirksversammlung:	Charlotte Nendza	Tel. 881 690 91
	Hannelore Köster	Tel. 411 652 42
	Marcus Strehl	Tel. 648 800 77
	Frank Wiedemann	Tel. 411 123 81
Kerngebietsausschuss:	Charlotte Nendza, Hannelore Köster	
Internet:	<a href="http://www.spd-eimsbuettel-nord.de">www.spd-eimsbuettel-nord.de</a>	
E-Mail:	<a href="mailto:kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de">kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de</a>	

Konto: SPD E-Nord, Nr. 1244 00 89 00, Santander Bank, BLZ 500 333 00

HERAUSGEBER: SPD Eimsbüttel-Nord  
Hamburg - Verantwortlich für Inhalt und  
Anzeigen: Dirk Schlanbusch

Diese Ausgabe wurde produziert und gefaltet mit  
freundlicher Unterstützung von

**PRINT- & COPYHAUS**, Grindelallee 32, 20146 HH